



**Erlass
über Mehrarbeit im Schuldienst**

Vom 6. August 2003

Az.: A - 2.1115

Zur Mehrarbeit im Schuldienst wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres und Sport und dem Ministerium für Finanzen und Bundesangelegenheiten Folgendes bestimmt:

1. **Verpflichtung zur Leistung von Mehrarbeit**
 - 1.1 Nach § 87 des Saarländischen Beamtengesetzes (SBG) ist die Lehrkraft verpflichtet, über ihre individuelle Pflichtstundenzahl hinaus Mehrarbeit zu leisten. Mehrarbeit darf nur angeordnet oder genehmigt werden, wenn zwingende dienstliche Gründe es erfordern und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt. Die Verpflichtung der Lehrkraft zur Übernahme von Mehrarbeit erstreckt sich auf kurzfristige (voraussichtlich vier Schulwochen nicht übersteigende) und langfristige Mehrarbeit im Schuldienst.

Mehrarbeit ist grundsätzlich durch Dienstbefreiung abzugelten. Soweit eine solche innerhalb eines Jahres nicht erfolgt, wird die Mehrarbeit vergütet. Ausnahmen: Verrechnung mit ausgefallenen Pflichtstunden (vgl. Nummer 3.3) sowie Blockunterricht an Berufsschulen (vgl. Nummer 3.4).
 - 1.2 Mehrarbeit der einzelnen Lehrkraft darf 24 Unterrichtsstunden im Kalendermonat nicht übersteigen.
 - 1.3 Vergütbare Mehrarbeit im Schuldienst ist nur die von einer Lehrkraft im Rahmen der hauptamtlichen oder hauptberuflichen Unterrichtstätigkeit auf Anordnung oder mit Genehmigung über die individuelle Pflichtstundenzahl (Soll-Stunden-Zahl) hinaus zu leistende Unterrichtstätigkeit. Individuelle Pflichtstundenzahl ist die für die betroffene Lehrkraft festgesetzte Zahl der Unterrichtsstunden (also Berücksichtigung von Ermäßigungen, z.B. aus Gründen des Alters, oder Anrechnungen aus Gründen der Wahrnehmung besonderer Aufgaben).
 - 1.3.1 Vergütbare Mehrarbeit liegt nur bei einer Mehrbeanspruchung durch Unterrichtstätigkeit vor. Nur tatsächlich gehaltene Unterrichtsstunden, die als Mehrarbeitsstunden ausgewiesen sind, können vergütet werden.

Unterricht im vorstehenden Sinne liegt auch vor, wenn

- a) eine Lehrkraft, für die eine Mehrarbeitsstunde im Stundenplan ausgewiesen ist, anlässlich einer Schulwanderung oder einer Lehrfahrt am gleichen Tage eine Unterrichtsstunde erteilt,
- b) eine Ausbildungslehrkraft eine im Stundenplan ausgewiesene Mehrarbeitsstunde unter ihrer Anleitung und in ihrer Anwesenheit von Beamten oder Beamtinnen im Vorbereitungsdienst erteilen lässt oder
- c) eine Lehrkraft im Rahmen angeordneter Mehrarbeit bei einer Klassenarbeit die Aufsicht führt.

1.3.2 Vergütbare Mehrarbeit liegt insbesondere in folgenden Fällen nicht vor:

- Teilnahme an Eltern- und Schülersprechterminen,
- Teilnahme an Konferenzen, Dienstbesprechungen und Prüfungen aller Art (einschließlich der Aufsicht bei Prüfungsarbeiten),
- Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen,
- Teilnahme an Schulveranstaltungen im Rahmen der Richtlinien über Schulwanderungen, Lehrfahrten, Schullandheimaufenthalte und andere außerunterrichtliche Schulveranstaltungen,
- Teilnahme an sonstigen Schulveranstaltungen (z.B. Schulfeste),
- Teilnahme an Schulsportfesten einschließlich der Mitwirkung als Kampfrichter oder Kampfrichterin,
- Teilnahme und Mitwirkung am Schulgottesdienst,
- Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen,
- Teilnahme und Aufsicht bei Berufsberatungen,
- Besuch von Schülern und Schülerinnen während der Betriebspraktika,
- Erledigung von Verwaltungsarbeit.

1.4 Abrechnungszeitraum zur Ermittlung von Mehrarbeit ist der Kalendermonat. Unterrichtsstunden, die im ersten Mehrarbeitsmonat eines Vergütungsantrages über die Pflichtstundenzahl (vgl. Nummer 1.3) hinaus geleistet werden, sind mit den im gleichen Kalendermonat angefallenen nicht anrechenbaren Ausfallstunden (vgl. Nummer 3.3) zu verrechnen. Soweit eine Verrechnung möglich ist, liegt keine durch Dienstbefreiung oder Vergütung auszugleichende Mehrarbeit vor.

1.5 Die vorübergehende Erhöhung der Pflichtstundenzahl einer Lehrkraft im Rahmen des flexiblen Unterrichtseinsatzes (§§ 3a, 3b PflichtstundenVO) stellt keine Mehrarbeit dar.

2. **Anordnung und Beendigung der Mehrarbeit**

2.1 Zuständigkeiten

Kurzfristige Mehrarbeit wird vom Schulleiter oder der Schulleiterin angeordnet. Die Anordnung ist unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung der in Frage kommenden Lehrkräfte zu treffen. Auf die Anordnung von Mehrarbeit kann verzichtet werden, wenn der drohende Unterrichtsausfall durch sonstige schulorganisatorische Maßnahmen vermieden werden kann.

Langfristige Mehrarbeit wird durch das Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft auf Antrag des Schulleiters oder der Schulleiterin angeordnet.

2.2 Verfahren

2.2.1 Beantragung, Anordnung und Widerruf der Mehrarbeit bedürfen der Schriftform. Für die Anordnung kurzfristiger Mehrarbeit durch den Schulleiter oder die Schulleiterin ist der Vordruck nach Anlage 1 zu benutzen. Ein Mehrexemplar der Anordnung ist zu den Schulakten zu nehmen.

2.2.2 Langfristige Mehrarbeit ist im Stundenplan der Lehrkraft nach Wochentag, Unterrichtsstunde und Klasse dauerhaft kenntlich zu machen. Eine Änderung dieser Festlegung ist nur bei Neugestaltung des Stundenplans aus schulfachlichen Gründen möglich.

3. Nachweis geleisteter Mehrarbeit

3.1 Im Vergütungsantrag (Vordruck nach Anlage 2) ist eine Gegenüberstellung von Ist- und Soll-Unterrichtsstunden zur Ermittlung der im Kalendermonat geleisteten Mehrarbeitsstunden vorzunehmen.

Ist-Stunden sind

- geleistete Pflichtstunden,
- ausgefallene Pflichtstunden (anrechenbare Ausfallstunden), sofern auf den Unterrichtsausfall ein rechtlicher Anspruch besteht oder eine andere dienstliche Tätigkeit ausgeübt wurde,
- geleistete Mehrarbeitsstunden.

Soll-Stunden sind die von einer Lehrkraft zu leistenden individuellen Pflichtstunden (vgl. Nummer 1.3).

Die Gegenüberstellung der Soll- und Ist-Stunden bezieht sich jeweils auf den Kalendermonat. Dabei sind Unterrichtsausfälle, die in einem der Mehrarbeit vorausgegangenem Kalendermonat eingetreten sind, nicht zu berücksichtigen.

3.2 Auf die Ist-Stunden anrechenbar sind Ausfallstunden, auf deren Gewährung die Lehrkraft einen rechtlichen Anspruch hat.

Anrechenbare Ausfallstunden liegen vor bei Unterrichtsausfall z.B.

- an gesetzlichen Feiertagen,
- an Ferientagen (auch an beweglichen Ferientagen),
- an Krankheitstagen,
- aufgrund Urlaubs gemäß § 107 Abs. 3 SBG,
- aufgrund Dienstbefreiung aus einem der in § 14 der Urlaubsverordnung genannten Gründe,
- infolge Wahrnehmung einer Nebentätigkeit gemäß § 78 SBG.

Anrechenbare Ausfallstunden liegen ferner vor bei Unterrichtsausfall infolge Wahrnehmung anderer dienstlicher Tätigkeiten, z.B. bei Teilnahme

- an Eltern- und Schülersprechterminen,
- an Konferenzen und Dienstbesprechungen,
- an Prüfungen,
- an Schulveranstaltungen,
- an zugleich im dienstlichen Interesse liegenden Fortbildungsveranstaltungen,
- an Gemeinschaftsveranstaltungen,
- an sonstigen dienstlichen Veranstaltungen

sowie bei Erledigung von Verwaltungsarbeit auf Anordnung des Schulleiters oder der Schulleiterin.

Als dienstliche Tätigkeiten in diesem Sinne gelten nicht die Zeiten der Unterrichtsvor- und -nachbereitung.

3.3 Nicht anrechenbare Ausfallstunden liegen vor bei Pflichtstundenausfällen wegen Abwesenheit der Schüler, z.B.

- bei wetterbedingtem Unterrichtsausfall (Schulfrei wegen Hitze, Glatteis u.ä.),
- bei Schulwanderungen und Lehrfahrten,
- bei Betriebspraktika,
- bei Schulfrei an nicht gesetzlichen Feiertagen,
- bei Störung des Dienstbetriebes (z.B. Unbenutzbarkeit von Klassenräumen, Ausfall der Heizung, Wasserrohrbruch),
- wegen noch nicht eingerichteter Eingangsklassen zu Beginn des Schuljahres,
- bei vorzeitigem Unterrichtsfrei der Abschlussklassen und
- bei vorzeitigem Unterrichtsschluss am letzten Tag vor den Ferien bzw. am Tag der Zeugnisausgabe.

Gleiches gilt bei der Schließung von Klassen aus gesundheitlichen Gründen.

Pflichtstundenausfall in diesen Fällen ist jedoch dann in dem zeitlichen

Umfang als geleistete Arbeitszeit zu rechnen (anrechenbar als Ist-Stunden), in dem die Lehrkraft anstelle des Unterrichtseinsatzes auf Anordnung des Schulleiters oder der Schulleiterin zeitgleich anderweitig dienstlich tätig wird.

- 3.4 Bei der Erteilung von Blockunterricht an Berufsschulen ist Mehrarbeit während einer Blockphase durch Minderarbeit in anderen Blockphasen während eines Schuljahres auszugleichen.

Am Schuljahresende werden Ist- und Soll-Stunden gegenübergestellt. Mehrarbeit kann nur dann vergütet werden, wenn sich aus der Gegenüberstellung ergibt, dass die Lehrkraft Unterricht über ihre individuell festgesetzte Pflichtstundenzahl hinaus erteilt hat. Die Abrechnung erfolgt nach Ablauf des Schuljahres.

4. **Vergütung der Mehrarbeit**

- 4.1 Gemäß § 3 in Verbindung mit § 5 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte (MVergV) ist nur Mehrarbeitsunterricht im Umfang von mindestens vier bis zu höchstens 24 Unterrichtsstunden einschließlich vergütbar.

Erteilt eine Lehrkraft im Monat mindestens vier Mehrarbeitsstunden, so wird der Mehrarbeitsunterricht von der ersten Stunde an vergütet. Die Vergütung von Mehrarbeitsunterricht unter vier Stunden im Kalendermonat erfolgt auch dann, wenn die Mindeststundenzahl wegen entsprechender Dienstbefreiung oder wegen Verrechnung mit Arbeitsausfall unterschritten wird.

- 4.2 § 3 Abs. 3 MVergV findet keine Anwendung, weil für Lehrkräfte die tägliche Unterrichtsverpflichtung im Stundenplan individuell festgesetzt ist.

- 4.3 Verfahren

Mehrarbeit ist grundsätzlich durch Dienstbefreiung innerhalb eines Jahres nach Ende des Mehrarbeitsmonats abzugelten. Der Dienstbefreiung stehen Unterrichtsausfälle ohne rechtlichen Anspruch, insbesondere nicht anrechenbare Ausfallstunden (Nummer 3.3), gleich.

Im Falle der Abrechnung mehrerer Mehrarbeitsmonate im Rahmen eines Vergütungsantrages beginnt die Jahres-Frist erst nach dem letzten Mehrarbeitsmonat. Bei Erteilung von Blockunterricht an Berufsschulen können Vergütungsanträge erst nach Ablauf des Schuljahres vorgelegt werden. Die Anträge sind beim Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft einzureichen.

5. **Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte**

Auch teilzeitbeschäftigte hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte sind zur Erteilung von Mehrarbeit verpflichtet, sofern zwingende dienstliche Gründe dies erfordern.

6. **Schwerbehinderte Lehrkräfte**

Schwerbehinderte Lehrkräfte sind auf ihr Verlangen von Mehrarbeit freizustellen.

7. **Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis**

Dieser Erlass ist auf Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis mit folgender Maßgabe entsprechend anwendbar:

Solange die Pflichtstundenzahl einer vollbeschäftigten Lehrkraft nicht erreicht ist, haben teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte, die Mehrarbeit (ohne Freizeitausgleich) leisten,

- auch für die ersten drei geleisteten Zusatzstunden einen Vergütungsanspruch,
- für die nicht durch Freizeit ausgeglichenen und deshalb zu bezahlenden Zusatzstunden einen Anspruch auf die anteilige Vergütung im Sinne des § 34 BAT.

Wird von einer Teilzeitkraft durch die Leistung von Zusatzstunden die Pflichtstundenzahl einer vollbeschäftigten Lehrkraft überschritten, gelten für die über die volle Pflichtstundenzahl hinausgehenden Zusatzstunden die allgemeinen Mehrarbeitsregelungen.

8. **In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten**

Dieser Erlass tritt am 1. September 2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt der Erlass betreffend Mehrarbeit im Schuldienst vom 13. März 1985 (GMBI. Saar S. 165; 239) außer Kraft.

.....
(Schule)

.....
(Ort und Datum)

Anordnung kurzfristiger Mehrarbeit

Nach § 87 Abs. 3 SBG in Verbindung mit dem Erlass über Mehrarbeit im Schuldienst ordne ich für Sie Mehrunterricht wie folgt an:

in Klasse während der Unterrichtsstunde
in Klasse während der Unterrichtsstunde
in Klasse während der Unterrichtsstunde
in Klasse während der Unterrichtsstunde

Ich bitte, über die innerhalb der im Mehrarbeitserlass genannten Jahresfrist gewährte Dienstbefreiung bzw. über den Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch Buch zu führen und die Daten mit mir abzustimmen.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Schulleiter/Schulleiterin)

Vermerk der Schulleitung:

Es erfolgte Dienstbefreiung/Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch (nicht anrechenbare Ausfallstunden) innerhalb der Jahresfrist:

am Std.
am Std.
am Std.
am Std.
am Std.

Festgestellt am

Anerkannt am

.....
(Schulleiter/Schulleiterin)

.....
(Lehrkraft)

..... (Schule) (Ort und Datum)
..... (Telefon) (Datum und Abrechnungsmonat des letzten Antrages)

An das
Ministerium für Bildung,
Kultur und Wissenschaft
Postfach 102452

66024 Saarbrücken

Vergütungsantrag

für geleistete Mehrarbeit nach dem Erlass über Mehrarbeit im Schuldienst

Abschnitt A

1. Antragsteller/Antragstellerin

..... (Vorname) (Familienname) (Geb.Datum)
..... (Amts-/Dienstbezeichnung) (Bes.gr./Vergütungsgruppe) (Pers.-Nr.)
..... (Privatanschrift) (Telefon)	
..... (Stammschule/n) (Schule der Mehrarbeitsleistung)	

2. Wöchentliche Pflichtstundenzahl (Soll-Stunden) des Antragstellers/der Antragstellerin: Std.

Grund und Umfang einer eventuellen Ermäßigung/Anrechnung:

.....
.....
.....

Diese wöchentlichen Soll-Stunden sind nachfolgend unter Nummer 6 auf den

Monat der Mehrarbeitsleistung hochzurechnen.

3. Kurzfristige Mehrarbeit (Kennbuchstabe K) nach schriftlicher Anordnung des Schulleiters/der Schulleiterin vor Abzug von Dienstbefreiung und Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch (nicht anrechenbare Ausfallstunden):

im Monat insgesamt Unterrichtsstunden
im Monat insgesamt Unterrichtsstunden
im Monat insgesamt Unterrichtsstunden
im Monat insgesamt Unterrichtsstunden

4. Langfristige Mehrarbeit (Kennbuchstabe L) nach schriftlicher Anordnung des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft vom Az.:; vom bis Wochenstunden

5. Die vergütungsfähige Mehrarbeit ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Soll- und Ist-Stunden im Kalendermonat der Mehrarbeitsleistung.

6. Ermittlung der vergütungsfähigen Mehrarbeit (bitte Nummer 7 beachten):

Mehrarbeitsmonat 20

Tag der Mehrarbeit														
Kennbuchstabe (K oder L)														
Mehrarbeitsstunden je Tag														

Gesamtzahl der Ist-Stunden im Mehrarbeitsmonat:
Gesamtzahl der Soll-Stunden im Mehrarbeitsmonat:
Differenz:

Im anschließenden Jahreszeitraum erfolgte Dienstbefreiung bzw. Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch (nicht anrechenbare Ausfallstunden):

am Std.
am Std.
am Std.
am Std.
am Std.
am Std.
am Std.
am Std.
am Std.

Damit verbleiben als vergütungsfähige Mehrarbeit noch Stunden.

7. Da es insbesondere bei langfristiger Mehrarbeit zu einer Überlappung von Wartezeiten kommen kann, gilt in diesem Falle zur Vermeidung mehrfacher Anrechnung von Dienstbefreiung/Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch folgende Regelung:

Liegt Dienstbefreiung/Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch sowohl bei einem früheren als auch beim jetzigen Vergütungsantrag innerhalb der einjährigen Wartezeit nach einem Mehrarbeitsmonat, so ist sie/er nunmehr mit Rotstift einzutragen und von der vergütungsfähigen Mehrarbeit nicht mehr abzuziehen. Dienstbefreiung/Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch kann nur einmal angerechnet werden.

Beispiel: Mehrarbeitsmonat des letzten Antrags war Januar, des jetzigen Februar; im März wurde die Dienstbefreiung gewährt. Da diese Dienstbefreiung sowohl beim letzten als auch beim heutigen Antrag innerhalb der einjährigen Wartezeit nach dem jeweiligen Mehrarbeitsmonat lag, ist sie heute in Rot einzutragen und nicht mehr abzuziehen.

Liegt Dienstbefreiung/Unterrichtsausfall ohne rechtlichen Anspruch in einem früheren Vergütungsantrag in der Wartezeit, nunmehr jedoch im Mehrarbeitsmonat, so ist sie/er jetzt bei der Ermittlung der Ist-Stunden des Mehrarbeitsmonats wie tatsächlich erteilter Unterricht zu behandeln, d.h. nicht mehr abzuziehen.

Beispiel: Mehrarbeitsmonat des letzten Antrags war Januar, des jetzigen Februar; im Februar wurde Dienstbefreiung gewährt. Sie liegt damit beim jetzigen Antrag im Mehrarbeitsmonat. Da die Dienstbefreiung bereits im Vorantrag abgezogen worden ist, kann sie nunmehr bei der Ermittlung der Ist-Stunden des Mehrarbeitsmonats Februar wie erteilter Pflichtunterricht behandelt werden.

Die gleiche Regelung gilt, wenn mit dem jetzigen Antrag Mehrarbeitsvergütung für mehr als einen Monat beantragt wird.

8. Die Richtigkeit der Angaben im Vergütungsantrag wird bestätigt.

.....
(Antragsteller/Antragstellerin)

Abschnitt B

Die Angaben des Antragstellers/der Antragstellerin in Abschnitt A sind zutreffend.

Sachlich richtig:

.....
(Ort und Datum)

.....
(Schulleiter/Schulleiterin)